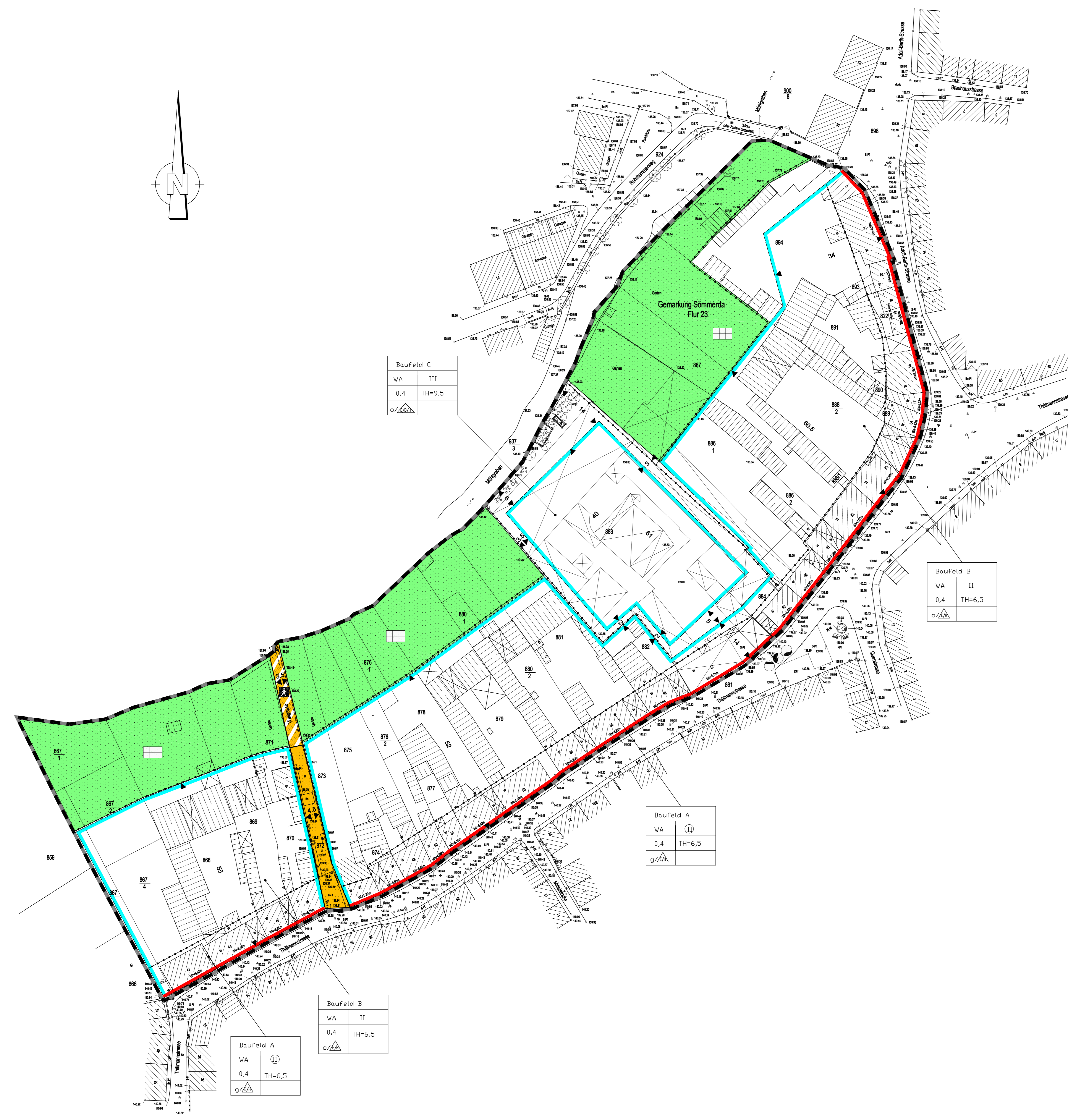


BEBAUUNGSPLAN NR 15 MIT INTEGRIERTEM GRÜNORDNUNGSPLAN "NÖRDLICHE THÄLMANNSTRAßE" - STADT SÖMMERDA



Teil A: PLANZEICHNUNG

ART UND MASS DER BAULICHEN NUTZUNG
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)
WA Allgemeines Wohngebiet
(§ 4 Abs. 1 Nr. 1)

Erläuterung der Nutzungsschikone (Beispiel)

| Baufeld | WA | II |
|---------|--------|----|
| 0,4 | TH=6,5 | |

GRZ = 0,4 Grundflächenzahl als Höchstwert
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)
II Zahl der Vollgeschosse als Höchstwert
(§ 10 BauGB)
① Zahl der Vollgeschosse zwingend
(§ 10 BauGB)
z.B. TH = 6,5 Traufhöhe in Meter

BAUWEISE, ÜBERBAUBARE UND NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFÄCHE

(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

Einzelhäuser und Hausgruppen zulässig
Einzelhäuser, Doppelhäuser und Hausgruppen
Zulässig
geschlossene Bauweise (§ 22 BauNVO)
offene Bauweise (§ 22 BauNVO)
überbaubare Fläche
nicht überbaubare Fläche
Baugrenze
Baufeld

VERKEHRSLÄCHEN

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Straßenbegrenzungslinie
Straßenverkehrsflächen
Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
Fußweg

GRÜNFLÄCHEN

(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

Private Grünflächen
Zweckbestimmung: Hausgarten

SONSTIGE PLANZEICHEN

(§ 9 Abs. 1 Nr. 12 BauGB)

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches
z.B. Mäzlinien in Meter (m)
Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung, z.B. von Baugelände oder Abgrenzung des Maßes der baulichen Nutzung innerhalb eines Baugeländes

Hinweise

Flurstücksgrenzen
Flurstücksnummern
Höhepunkte
vorhandene Bäume
vorhandene Zäune
vorhandene Mauer
vorhandene Gebäude
überdecker Fläche
Einfahrt / Eingang
Gebäudeußerbild
Wandhöhe in Meter
Anbindungspunkt
Wasser
Elektrizität
Abwasser
Wohngebäude
Hausnummer

Teil B: PLANUNGSRECHTLICHE UND GRÜNORDERISCHE FESTSETZUNGEN

1. ART UND MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

1.1 Das Plangebiet wird als Allgemeines Wohngebiet festgesetzt:
(§ 4 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)
- Wohngebiete
- die die Versorgung des Gebietes dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störende Handwerksbetriebe
- Anlagen für kulturelle, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke
- Eine Zulassung von Ausnahmen wird ausgeschlossen.

1.2 Maß der baulichen Nutzung
Die im Bebauungsplan angegebenen Werte werden als Höchstwerte oder als städtebaulichen Gründen zwingend festgesetzt.

2. HÖHE DER BAULICHEN ANLAGEN
(§ 10 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)
Die Höhe der baulichen Anlagen wird mit der Festsetzung der Vollgeschosse definiert. Aus städtebaulichen Gründen erfolgt die Festsetzung überwiegend zwingend.
Dieser Festsetzung erfolgt eine Festlegung der hochzulässigen Traufhöhe. Diese wird gemessen als Höhendifferenz zwischen mittlerer Höhe der Verkehrsfläche auf der Erschließungsseite und der Schwelle der Außenwand mit der Dachtraufe.

3. BAUWEISE / ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFÄCHE
(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

3.1 Bauweise
(§ 22 Abs. 1 BauNVO)
Im Bebauungsgebiet wird eine Bebauung von Einzelhäusern, Doppelhäusern und Hausgruppen zugelassen. Im überbaubaren Plangebiet wird aus städtebaulichen Gründen zulässig die geschlossene Bauweise festgesetzt. Im nicht überbaubaren Grundstücksbereich ist eine offene Bauweise zulässig.

3.2 Überbaubare Grundstücksfläche

Die überbaubare Grundstücksfläche wird durch Baugrenzen und Baulinien festgesetzt.

4. FLÄCHEN FÜR STELLPLATZE, GARAGEN; CARPORTS UND SONSTIGE NEBENANLAGEN

(§ 19 Abs. 1 Nr. 1 BauNVO)

4.1 Zulässige Anordnung
4.1.1 Garagen und Carports gemäß § 12 BauNVO sind nur innerhalb der überbaubaren Fläche zulässig. Die können an das zugrundeliegende Wohngebäude angebaut werden.
Stellplätze gemäß § 12 BauNVO können innerhalb und außerhalb der überbaubaren Fläche errichtet werden.
4.1.2 Nebenanlagen gemäß § 14 BauNVO sind auf der der Straße abgewandten Seite auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig, wenn sich gegenüber der Bebauung deutlich untergeordnet sind und dem Charakter des Gebietes nicht widersprechen.

5. VERKEHRSLÄCHEN UND VERKEHRSLÄCHEN BESONDERER ZWECHESTIMMUNG

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Mit der Darstellung der Verkehrsflächen werden vorhandene Anlagen in ihrem Bestand und ihrer Funktion festgeschrieben.

6. FLÄCHEN FÜR VERSORGUNGSANLAGEN, ABFALLENTSORGUNG, VER- UND ENTWASSERUNGSLINIEN

(§ 9 Abs. 1 Nr. 12 BauGB)

6.1 Lage der Ver- und Entsorgungslinien
Die Ver- und Entsorgungslinien sind im Bereich der öffentlichen Verkehrsflächen zu verlegen.

7. GRÜNORDERISCHE FESTSETZUNGEN

7.1 Private Grünflächen mit Zweckbestimmung Hausgarten
Die privaten Grünflächen mit Zweckbestimmung Hausgarten sind in ihrem Zustand zu erhalten. Die Nutzung soll der Charakteristika eines Hausgartens (Nutz- und Erholungsgarten) entsprechen. Für Pflanzungen sollen heimische, standortgerechte Laubbäume verwendet werden. Im Bereich des Gewässerschutzstreifens des Mühlgrabens (5 m landside ab Biotopstreifen) dürfen keine Veränderungen erfolgen. Bei Änderungen sind diese mit der Unteren Wasserbehörde abzustimmen.

8. AUF LANDESRECHT BERUHENDEN FESTSETZUNG

(§ 9 Abs. 4 BauGB; V. = § 11 BauNVO)

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegt innerhalb des Satzungsgebietes der Gestaltungssatzung "Altstad Sömmerda". Die Bestimmungen dieser Gestaltungssatzung gelten uneingeschränkt.

ANGEWANDTE RECHTSGRUNDLAGEN:

- Baugesetzbuch (BauGB) vom 20.07.2004 i. d. F. der Bekanntmachung vom 23.09.2004
- BauNutzungsverordnung (BauNVO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. Teil I S. 132) zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 496)
- Planzecheverordnung 1969 (PlanZV 90) vom 18.12.1969 (BGBl. Teil I S. 58)
- Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), zuletzt geändert durch Art 6 des Gesetzes zur Änderung des Baugesetzbuches und zur Neuordnung des Rechts der Baumordnung (Bau- und Raumordnungsgesetz 1998 - BauRG) (BGBl. Teil I S. 2110 vom 09.09.2001 (BGBl. I S. 2331); BtlnSchrift/BauRG vom 25.03.2002)
- Thüringer Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Thür. Naturschutzgesetz - ThNatG) vom 29.04.1999 (GVBl. S. 298 ff.), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15.03.2003 (GVBl. S. 393) i. d. F. der Bekanntmachung vom 30.07.2003, zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 13.04.2009 (GVBl. S. 161 vom 07.04.2009), d. F. d. Bekanntmachung vom 27.04.2006
- Thüringer Wassergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.02.2004 (GVBl. S. 244)
- Thüringer Abfallwirtschafts- und Altlastengesetz in der Fassung vom 15.06.1999 (GVBl. S. 385), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 04.09.2002 (GVBl. S. 304)
- Thüringer Gesetz zur Pflege und zum Schutz der Kulturlandwirtschaft (Thüringer Denkmalschutzgesetz - ThürDSchG), Neukonzeption vom 14.04.2004 (GVBl. S. 465, 562)
- Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) vom 28.01.2003 (GVBl. Nr. 2 S. 4)
- Gesetz zum Schutz des Bodens vom 17.03.1998 - Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG), BGBl. Teil I S. 902
- Bundesemissionschutzgesetz (BmSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.09.2002 (BGBl. Teil I S. 3530)
- Thüringer Gesetz über die Umweltauglichkeitprüfung (ThürUVPG) vom 06.01.2003 (GVBl. S. 19-26)

PLANUNTERLAGEN

- Lage- und Höhenplan (Vermessungsplan) des Ingenieurbüros "Pöppich und Albrecht" 09610 SÖMMERDA, An der langen Brücke 1
- Die Grundstücke- und Flurstückennummern sind den Daten der automatisierten Liegenschaftskarte (ALK) des Katasteramtes Sömmerda entnommen.
- Es wurden nur ausgewählte Höhen dargestellt.
- Höhen an Straßenändern beziehen sich auf Unterkante Bord.
- Höhen an Treppen beziehen sich auf Untere Treppenschwelle.
Landschaft Sömmerda: Gemarkung Sömmerda Flur 23
Maßstab: 1:500
Lagebezug: Gauss-Krüger
Höhenbezug: NN
Stand der Planunterlagen: 11 / 2002

VERFAHRENSVERMERKE

1. Katastervermerk

Es wird bescheinigt, daß die Flurstücke mit ihren Grenzen und Bezeichnungen mit dem Liegenschaftskataster, nach dem Stand vom übereinstimmen.
Katasterbereich:
Unterschrift:

2. Aufstellungsbeschluss

Der Stadtrat hat in der öffentlichen Sitzung vom gemäß § 16 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes mit Grünordnungsplan und Umweltbericht beschlossen. Der Beschluss wurde gemäß § 11 BauGB am öffentlich bekanntgegeben.
Sömmerda, den

3. Bürgerbeteiligung

Die Bürger wurden in einer Informationsveranstaltung am gemäß § 11 (1) BauGB frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentlich unterrichtet. Eventuell wurde Gelegenheit zur Äußerung und Erläuterung gegeben.
Sömmerda, den

4. Unterrichtung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, denen Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, wurde mit Schreiben vom über die Planung unterrichtet und zur Äußerung im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgefordert. (Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB)
Sömmerda, den

5. Billigungs- und Offenlegungsbeschluss

Der Entwurf des Bebauungsplanes mit Grünordnungsplan und Umweltbericht, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A), und den planungsrechtlichen und grünordnerischen Festsetzungen (Teil B) wurde, einschließlich der Begründung, am vom Stadtrat gebilligt und seine Offenlegung gemäß § 3 (2) BauGB beschlossen.
Sömmerda, den

6. Offenlegungsvermerk

Der Entwurf des Bebauungsplanes mit Grünordnungsplan, einschli. Begründung und Umweltbericht, wurde gemäß § 3 (2) BauGB in der Zeit vom bis öffentlich ausgestellt. Ort und Dauer der Auslegung wurden am mit den Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsrfrist vorgebracht werden können und welche Art umweltbezogener Informationen vorliegen, öffentlich bekanntgegeben.
Sömmerda, den

7. Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange

Die von der Planung berührten Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange wurden gemäß § 4 (2) BauGB mit Schreiben vom zur Abgabe einer Stellungnahme zum Bebauungsplan aufgefordert.
Sömmerda, den

8. Behandlung von Anregungen und Bedenken

Die vorgebrachten Anregungen sowie Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden vom Stadtrat in einer öffentlichen Sitzung am behandelt. Das Abwägungsergebnis wurde mitgeteilt.
Sömmerda, den

9. Satzungsbeschluss

Der Bebauungsplan und Grünordnungsplan, bestehend aus Planzeichnung (Teil A) und den planungsrechtlichen und grünordnerischen Festsetzungen (Teil B) Sömmerda, wurde gemäß § 10 (1) BauGB vom Stadtrat in öffentlicher Sitzung am als Satzung beschlossen. Die Begründung mit Umweltbericht, in der Fassung vom wird gebilligt.
Sömmerda, den

10. Genehmigungsanzeige

.....
Bürgermeister:
Stadtrat:
Bürgermeister:
Stadtrat:

11. Ausfertigung

Der Bebauungsplan bestehend aus Planzeichnung (Teil A) und den planungsrechtlichen und grünordnerischen Festsetzungen (Teil B) wird hiermit ausgeteilt.
Sömmerda, den

12. Inkraftsetzungsvermerk

Die Satzung über den Bebauungsplan ist am gemäß § 10 (3) BauGB öffentlich bekannt gemacht worden, mit dem Hinweis, daß der Bebauungsplan mit Grünordnungsplan und Begründung (einschließlich Umweltbericht) während der Dienststunden im Bauamt der Stadt Sömmerda von jedermann eingesehen werden kann. Mit dieser Bekanntmachung trat der Bebauungsplan mit integriertem Grünordnungsplan in Kraft. Auf die Fristenregelung gemäß § 215 BauGB wurde in der Bekanntmachung hingewiesen.
Sömmerda, den

.....
Bürgermeister:
Stadtrat:
Bürgermeister:
Stadtrat:

| Auftraggeber: | ARCHITEKTUR- UND STADTPLANUNGSBÜRO HELK | |
|--|--|------------|
| STADT SÖMMERDA | Kulpestraße 1, 99641 Meiningen Tel.: 036453989-0, Fax: 036453989-10 | |
| Projekt: | Datum: | Name: |
| Bebauungsplan mit integriertem Grünordnungsplan "Nördliche Thälmannstraße" | 03/07 | Kaffenberg |
| | gezeichnet: | Ausfert: |
| | | |
| | Maßstab: | 1 : 500 |
| Zeichnung: | Beauftragter: | |
| Bebauungsplan | März 2007 | |